



Ausschussdrucksache 21(17)24
vom 3. Juli 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Ralf Südhoff

Direktor des Centre for Humanitarian Action (CHA)

Herausforderungen für das internationale humanitäre System und dessen Reform

Statement zur öffentlichen Anhörung am 8. Juli 2026

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Von Ralf Südhoff, Centre for Humanitarian Action (CHA)



Zusammenfassung

Die grundlegende **Krise der globalen humanitären Hilfe** und ihr fundamentaler Reformbedarf werfen **insbesondere für Deutschland** als bis vor kurzem führende humanitäre Gebernation **weitreichende Fragen auf**. Das Jahr 2025 hat die humanitäre Hilfe in ihren Grundfesten erschüttert: in ihrer Finanzierung und ihre Werten, in ihrer Legitimität und ihren Prinzipien. Umfassende Prozesse einer Politisierung und Instrumentalisierung der humanitären Hilfe – auch in Deutschland - stellen **in Frage, ob in der Praxis der internationalen Zusammenarbeit die Idee der humanitären Hilfe überleben wird**. Eine eigenständige und an Werten und Solidarität orientierte humanitäre Hilfe droht international im Rahmen eines „Transaktionalismus“ (USA) wie auch einer „interessengeleiteten neuen Außenpolitik“ (u.a. Deutschland) zu einem **Instrument ohne eigenständigen Wert** jenseits politisch priorisierter Interventionen zu werden. Parallel droht die **Verzweigung des humanitären Völkerrechts** zu einem reinen Orientierungspunkt, der – **auch laut deutschem Bundesaußenminister** - je nach außenpolitischem Kontext relevant (Ukraine / Russland) oder zu de-priorisieren ist (Israel / Gaza, USA / Iran & Venezuela). Deutschland hatte sich unter verschiedenen Bundesregierungen eine große Reputation als zuverlässiger Finanzier und wenig interessengeleiteter Akteur in der internationalen Kooperation aufgebaut. Diese **Reputation als „honest broker“ und „Soft-Power“ Weltmacht** wurde in den vergangenen Jahren **verspielt** durch völkerrechtlich widersprüchliche Positionen und budgetär weitreichende Kürzungen in den Feldern humanitäre Hilfe (52%), aber auch Entwicklungszusammenarbeit (-20% seit 2023), Kultur- und Friedensförderung (-40% seit 2022).

Dies ist umso **folgeschwerer, weil Deutschland als glaubwürdige und engagierte Reformkraft** in der internationalen Zusammenarbeit und insbesondere in den aktuell tiefen Veränderungsprozessen der humanitären Hilfe **dringend benötigt** wird. Noch 2025 wurden die stockenden internationalen Reformprozesse von Deutschland kritisch, engagiert und in enger Geberkoordination begleitet. Trotz dennoch weitgehend ausbleibender Fortschritte von Initiativen wie dem „Humanitarian Reset“ und dem UN80 Prozess **sieht die Bundesregierung heute die Reformen auf gutem Weg**. Sie tritt auch im Zuge interner Umstrukturierungsprozesse **nur noch sehr begrenzt als treibende Kraft** in Erscheinung, die sich – unterlegt mit politischen und finanziellen Ressourcen – für veränderte Machtverhältnisse und Finanzflüsse zu Gunsten einer lokaleren, wirksameren und kostengünstigeren humanitären Hilfe einsetzen würde. Die Bundesregierung hat **alle Möglichkeiten**, diese Rolle künftig auszufüllen und **als Player** in der internationalen Zusammenarbeit die von den USA hinterlassenen Lücken zu füllen, **wie es stattdessen** auf finanzieller Seite **zahlreiche arabische Staaten vormachen und bereits vor Deutschland als neue Topgeber stehen**.

Warum wird eine andere Rolle Deutschlands dringend benötigt?

- Der **UN80 Reformprozess droht** insbesondere im humanitären Bereich zu **versanden** und nicht über Vorsätze für eine seit vielen Jahren angestrebte bessere Koordination von Logistik und Infrastruktur (New Humanitarian Compact) hinauszugehen.
- Das seit 2025 zentrale internationale humanitäre Reformprojekt, der „**Humanitarian Reset**“ hat ambitioniert begonnen und **droht nun weitgehend zu scheitern**. UN OCHA als zentraler Akteur des Prozesses benötigt klare Gebervorgaben und ein enges Monitoring der zugesagten Ziele auch im Lichte eigener Organisationsinteressen.
- Als besonders notwendig erweist sich eine **kritische Begleitung der deutlich ausgeweiteten OCHA „Pooled Funds“** (CBPFs), deren Förderung sich in 2026 bereits mehr als verdreifacht hat. Sie könnten in reformierter Arbeitsweise und Kombination mit lokal geführten **Pooled Funds zwar eine Chance für neue, bedarfsorientierte Finanzierungswege** und eine starke Förderung und Beteiligung lokaler Hilfsorganisationen sein. Das OCHA-Ziel einer 70%igen **Förderung lokaler Akteure verkehrt sich jedoch derzeit in ihr Gegenteil** mit einem Absturz lokaler Förderung auf nur noch 7% bislang in 2026, nach einer fast 50%igen Förderung in 2025.
- Der **auch in Deutschland und international fortschreitenden Politisierung der humanitären Hilfe** zugunsten geopolitisch relevanter Regionen muss insbesondere **im Kontext der UN Pooled Funds Einhalt geboten werden**: Das erneuerte humanitäre US-Engagement fokussiert auf eine politisch konditionierte Förderung der UN Pooled Funds und internationaler Hilfsorganisationen nach durch die Trump Administration definierten nationalen Interessen.
- Der internationalen humanitären Hilfe **drohen Strukturen, Services und Daten** als entscheidende Grundlage **für eine effiziente und wirksame Hilfe weitreichend wegzubrechen**. Plakativstes, jedoch politisch motiviertes Beispiel für fehlende Datengrundlagen ist der UN „Global Humanitarian Overview“ (GHO) 2026, welcher im Zuge des Reset durch neue Methodiken die Zahlen der Menschen in Not weltweit heruntergerechnet und Priorisierungsprozesse im Lichte sinkender Mittel vorweggenommen hat, statt die globale humanitäre Lage transparent abzubilden.

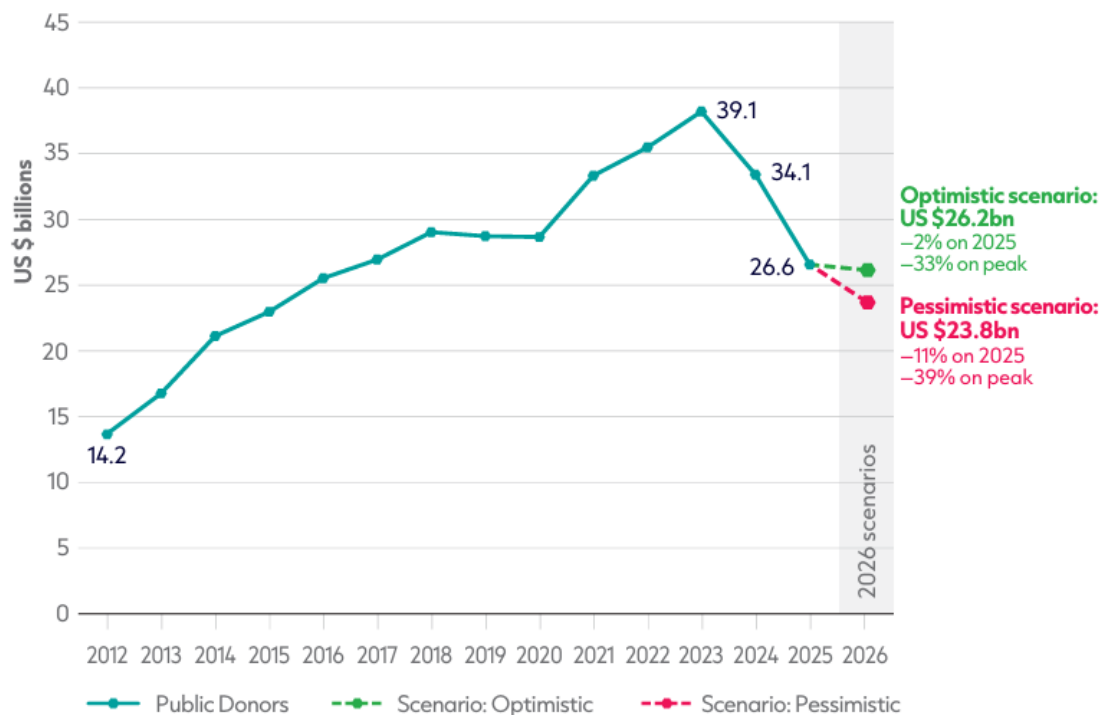
Die Bundesregierung hat die Chance und die Verantwortung, diesen Trends mit zehn Maßnahmen entgegenzuwirken und substantielle Reformen anzustoßen. Dazu sollte Deutschland insbesondere:

- 1) die **ausstehenden Reformen** im Zuge des „Humanitarian Reset“ konsequent anmahnen und ihre **Umsetzung durch gezielte Förderungen voranbringen**;
- 2) ihren Einfluss und ihr **Gewicht in den internationalen Prozessen** durch die **Rückkehr zu einer werteorientierten und angemessen finanzierten humanitären Politik wiederherstellen**, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde;
- 3) einen an der Wirtschaftskraft gemessen **fairen Beitrag zur globalen humanitären Hilfe leisten**, der sich laut „Fairshare“ Ansätzen auf rund **3 Mrd. € jährlich** beläuft und noch unterhalb des deutschen Beitrags von 2022 liegt;
- 4) die bereitgestellten Mittel im **Sinne einer bedarfsorientierten humanitären Hilfe vergeben versus Kontinente** wie Lateinamerika, Asien und geopolitisch sekundäre Krisenregionen **umfassend zu de-priorisieren**;
- 5) die Effizienz und Effektivität der humanitären Hilfe sicherstellen, indem neben lebensrettenden Maßnahmen insbesondere **Datenerhebungen, vorausschauende Hilfen und systemrelevante Dienstleistungen finanziert** werden;
- 6) die **Umstrukturierungsprozesse im Auswärtigen Amt zügig abschließen** und eine prinzipienorientierte humanitäre Hilfe organisatorisch und inhaltlich **vor einem interessengeleiteten Einsatz** z.B. zum Ausbau bilateraler Beziehungen **schützen**;
- 7) professionell und **nach internationalen Standards arbeitende Hilfsorganisationen einschl. der Zivilgesellschaft fördern** versus einer privatisierten und politisierten humanitären Hilfe außerhalb international vereinbarter Prozesse und Regeln;
- 8) den **Reform- und Kooperationsdruck auf internationale Hilfsorganisationen (UN, INGOs / Rotkreuzbewegung)** auch mithilfe konditionierter Förderungen **aufrecht erhalten**;
- 9) die **Finanzierung und umfassende Stärkung einer so lokal wie möglich** verankerten und geleiteten humanitären **Hilfe fördern**;
- 10) einen **einheitlichen Umgang mit Völkerrecht** und internationalem humanitären Recht sicherstellen, **um insgesamt als glaubwürdiger und einflussreicher Akteur eine internationale humanitäre Hilfe zu bewahren, die ihren Namen verdient und ihren Werten gerecht wird.**

I. Versandende Reformen und Deutschlands Rolle – Priorisierung und Effizienz, Lokalisierung und boomende „Pooled Funds“

Der Reformprozess ‚Humanitarian Reset‘ hatte das erklärte Ziel, auf humanitäre Bedarfe in Rekordhöhe bei gleichzeitig drastisch sinkenden Finanzmitteln zu reagieren sowie die prinzipienorientierte humanitäre Hilfe gegen Angriffe zu verteidigen und zukunftsfähig zu machen. Ziele sind die Priorisierung der Bedarfe mit einem Fokus auf Menschen in lebensbedrohlichen Krisen, eine möglichst weitreichende Lokalisierung der Hilfe und Effizienzsteigerungen im Lichte von rasant sinkenden Mitteln.

Two scenarios for humanitarian funding from public donors, 2026



Source: Historic data based on OECD DAC, UN OCHA FTS and UN CERF. 2026 scenarios based on publicly available information regarding ODA or humanitarian budgets.

Notes: 2025 data is preliminary. Data is in constant 2024 prices. ‘Public donors’ refers to governments and EU institutions. Historical figures differ from those reported in the GHA Report 2025 due to updated final reported international humanitarian assistance data and a different year for constant prices. Methodological notes on how the 2026 scenarios were constructed are detailed in the ‘Methodology and definitions’ chapter.

Abbildung 1: Zwei Szenarien humanitärer Finanzierung; Quelle: Global Humanitarian Assistance 2026 S.4; https://al-nap.hacd.nio/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

Der seit März 2025 laufende Reformprozess adressierte zunächst wichtige Baustellen des humanitären Systems, indem er eine verbindlichere Koordination insbesondere der UN-Organisationen vor Ort, eine deutlich gesteigerte Finanzierung lokaler Hilfsorganisationen und eine Stärkung lokaler Entscheidungs- und Finanzierungsprozesse u.a. durch gepoolte Funds in den Ländern selbst anstrebte.

Pooled Funds

Eine Fokussierung auf „Pooled Funds“ könnte eine sinnvolle Vereinfachung auf weniger, transparentere und partizipativere Finanzierungskanäle vor Ort sein im Vergleich zu Tausenden von bilateralen Gebergesprächen in Hauptstädten und Botschaften, Projektanträgen, Einzelentscheidungen und komplexesten Berichtspflichten; die im Zuge des Reset-Prozesses zunehmend von OCHA angestrebte Fokussierung auf die von OCHA selbst verwalteten Country Based Pooled Funds (CBPFs) schadet jedoch dem unterstützenswerten Anliegen und **ein breiterer Ansatz inkl. lokal verwalteter agiler Funds ist notwendig**.

Auch insgesamt ist das **Ziel einer deutlich stärker lokalisierten Hilfe** nach vielversprechendem Start aktuell **in ihr Gegenteil verkehrt** worden, wie insbesondere OCHAs CBPFs verdeutlichen, seitdem sie von den als Geber zurückgekehrten USA massiv finanziert werden. In 2025 war es zunächst gelungen, die Förderung lokaler Hilfsorganisationen („National Partners“) aus den OCHA Pooled Funds auf rund 50% zu steigern und sich dem erklärten 70%-Ziel anzunähern. In 2026 beläuft sich die Förderung insbesondere durch eine bislang extrem gestiegene und einseitige Förderung durch die USA nur noch auf rund 7%, aus US-Funds sogar nur auf 4% (s. Abbildung).

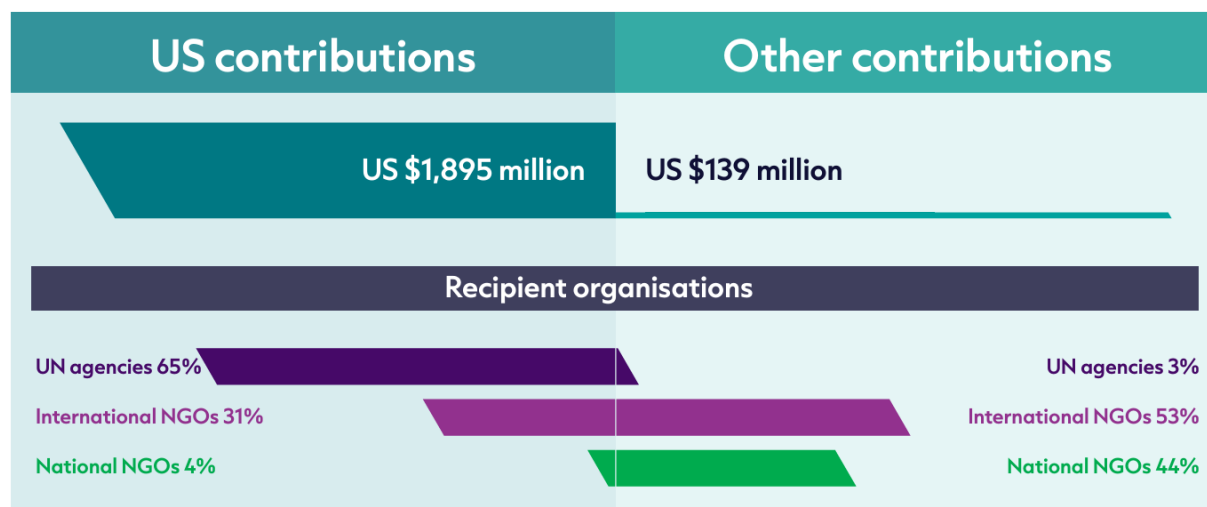


Abbildung 2: Förderung von CBPF durch die USA; Quelle: Global Humanitarian Assistance 2026, S.44 (gekürzt); https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

Andere Definitionen, weniger Not?

In Parallelität droht OCHA seine eigentliche Aufgabe als neutraler Koordinator und Dienstleister aus den Augen zu verlieren. Dieses Risiko verdeutlicht insbesondere der im Dezember 2025 veröffentlichte Global Humanitarian Overview für 2026 (GHO) als zentraler Appeal und Planungsinstrument der internationalen humanitären Hilfe für jedes Kalenderjahr. Im Lichte gewisser seit vielen Jahren bekannten GHO-Analyseschwächen, insbesondere aber der in 2025 drastisch gesunkenen Finanzmittel und Geberforderungen nach stärkerer Priorisierung, **veränderte OCHA für 2026 substantiell die Analysemethodik**. Während es selbst einräumte, dass die humanitäre Not weltweit keinesfalls gelindert werden konnte im Vergleich zu 2025 mit über 300 Mio. Menschen in Not, sanken die GHO-Ziele 2026 dramatisch:

“Now, millions of people risk being airbrushed out of humanitarian plans, with 152 million people being deprioritised for assistance based on a ‘hyper-prioritisation’ process in 2026.”¹

Auch OCHA selbst räumt ein:

„The 2026 GHO will include less plans and appeals than in 2025, resulting in a drop in People in Need within the GHO. [...] The people facing the most urgent, crisis-driven, needs captured in GHO 2026 therefore represent the tip of the iceberg of global suffering.”²

„Live saving“ und Effizienzen

Der „Hyperpriorisierungsprozess“ im Rahmen von OCHA ging zugleich mit einer starken **Fokussierung der humanitären Hilfe auf „live saving“**, auf allein lebensrettende Maßnahmen einher. Eine solche Priorisierung kann sinnvoll sein, wirft aber Fragen auf zu ihrer Umsetzung und droht Effizienzen im System nicht zu erhöhen, sondern deutlich zu verschlechtern. So kann es zwar angemessen sein, eine knapp bemessene humanitäre Hilfe u.a. auf physische Herausforderungen wie Nahrungsmittel- und Wasserknappheit sowie medizinische Versorgung zu konzentrieren. Jedoch drohen so ohnehin oftmals unterschätzte und ebenfalls lebensbedrohliche Notlagen mit Blick auf Schutz vor (sexualisierter) Gewalt und Vertreibung, die Behandlung schwerwiegender psychischer Verletzungen und Traumata und ihrer Folgen weiter de-priorisiert zu werden. Zudem **drohen weitreichende neue Ineffizienzen der Hilfe** durch die mangelnde Finanzierung von Datenerhebungen, logistischen Querschnittsaufgaben, Koordinationsforen, aber auch präventiven Ansätzen wie der Antizipativen Hilfe. Während in letztere international nur etwa 1% der humanitären Hilfe fließt, hat das Auswärtige Amt auch zuletzt am internationalen Ziel einer 5% Förderung trotz sinkender Mittel beachtlicherweise festgehalten.³

Insgesamt droht mit der **Re-Fokussierung der humanitären Hilfe auf lebensrettende Maßnahmen** jedoch ein weitreichender **Verlust der in vielen Jahren aufgebauten Kapazitäten und Ansätze für eine weit effektivere und kosteneffizientere Prävention**. Dies geht mit einem Rückzug der humanitären Hilfe in das Silo der kurzfristigen Nothilfe einher, was ihre Anschlussfähigkeit zur Übergangshilfe und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) - ohnehin für deutsche Institutionen weiter eine Herausforderung – weiter erschwert und die Gräben vergrößert. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen auch die Finanzierung der EZ deutlich reduziert wird und eine Übernahme von Aufgaben an der Schnittstelle zwischen Not- und Entwicklungshilfe schon aus budgetären Gründen auch international nicht erfolgt:

*“While this responds to a longstanding critique of the humanitarian system expanding beyond acute shocks to cover basic needs and services, **simultaneous cuts across humanitarian, development and peace funding risk leaving growing numbers of people without internationally funded support altogether.**”⁴*

¹ Global Humanitarian Assistance 2026, S.6; https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

² Global Humanitarian Overview Response in 2026; <https://humanitarianaction.info/document/global-humanitarian-overview-2026/article/2026-global-humanitarian-overview-collective-push-protect-millions-lives>

³ <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/8540a39d90bf951d17222a5b165050bb/huhi2022-2025-data.pdf>

⁴ Global Humanitarian Assistance 2026 Summary, S.6; https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_2026_-_Summary.pdf

Deutschland: Mangelnde Finanzen, mangelnde Führung

Die Bundesregierung hatte sich noch im Herbst 2025 gegen eine vorausseilende Priorisierung und Veränderung des GHO ausgesprochen. Die ursprünglich weitreichenden Forderungen des Resets wurden von Deutschland in Koordination mit zahlreichen weiteren Gebern Mitte 2025 in klaren Worten angemahnt.⁵ **Dennoch scheint der Reset heute weitgehend versandet.** So ist neben der kontroversen Entwicklung der UN Pooled Funds sowie der ausbleibenden Lokalisierung auch eine bessere Koordination vor Ort inkl. Berichtspflichten an die „Humanitarian Coordinators“ durch den Widerstand großer, bislang sehr unabhängiger UN Organisationen verhindert worden.

Andere Geber bestimmen derweil zunehmend die Agenden. Selbst die USA der Trump Administration hat in 2026 bereits über 400% mehr humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt als Deutschland für 2026 insgesamt budgetiert. **Arabische Staaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) haben Deutschland als Topgeber abgelöst,** das als zweitgrößte Wirtschaftsnation nicht mehr zu den Top5 Gebern der humanitären Hilfe zählt.⁶ Eine **Parallelität von Deutschlands mangelndem Durchsetzungsvermögen** in den aktuellen, dringenden internationalen Reformprozessen (trotz Vorsitz in der OCHA Donor Support Group) und **seinem drastisch gesunkenen finanziellen Engagement** ist offenkundig. *„Selbstverständlich kann Deutschland sich nur als Player durchsetzen, wenn es auch ein ernsthafter Payer ist“*, bestätigt ein europäischer Geberrepräsentant.

Die Bundesregierung muss daher sowohl mit Blick auf eine anhaltende Rekordzahl von Krisen und Menschen in Not weltweit wie auch auf ihren Anspruch die globale humanitäre Hilfe zu gestalten ihr Versprechen einlösen und **die humanitäre Hilfe angemessen und „auskömmlich“⁷ finanzieren.** Dies bedeutet **nicht die von den USA gestrichenen Mittel zu ersetzen, sondern lediglich einen fairen Anteil** an der weltweiten Hilfe **bereitzustellen** („Fairshare-Ansatz“) – gemessen an Deutschlands Wirtschaftskraft, wie dies auch in anderen Politikbereichen wie etwa den Verteidigungsausgaben üblich ist. Statt politisch oder historisch gewachsener Beiträge sollte sich die humanitäre Verantwortung eines OECD / DAC Geberstaates stärker daran orientieren, welchen Anteil er entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (gemessen am BIP) am globalen humanitären Bedarf, gemäß Humanitarian Response Plans und des Global Humanitarian Overviews (GHO), übernehmen kann. Der Vorteil eines **Fair Share-Ansatzes** liegt dabei zum einen in seinem Potenzial, **Narrative in Frage zu stellen** bzw. Transparenz zu schaffen mit Blick auf zum Teil fälschliche Annahmen, wenige westliche Geber würden bis heute einen weit überproportionalen Anteil an den Lasten der internationalen humanitären Hilfe tragen, allen voran Deutschland. Tatsächlich belegen die drei Golfstaaten **Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien** gemessen am Fair-Share-Anteil **die ersten drei Plätze und liegen damit weit vor Deutschland auf Platz 15**, das nur rund ein Drittel seines angemessenen

⁵ https://www.chaberlin.org/wp-content/uploads/dlm_uploads/2025/09/10062025-letter-to-usg-tom-fletcher-from-donors-1.pdf

⁶ Global Humanitarian Assistance 2026, S.6; https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

⁷ Koalitionsvertrag S.129, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf

Beitrags leistet. Diese „auskömmliche Finanzierung“ eines **fairen Anteils läge für Deutschland bei lediglich rund 3 Mrd. € humanitäre Hilfe pro Jahr** - weniger als es noch in 2022 geleistet hat (**Abbildungen 3 und 4**).

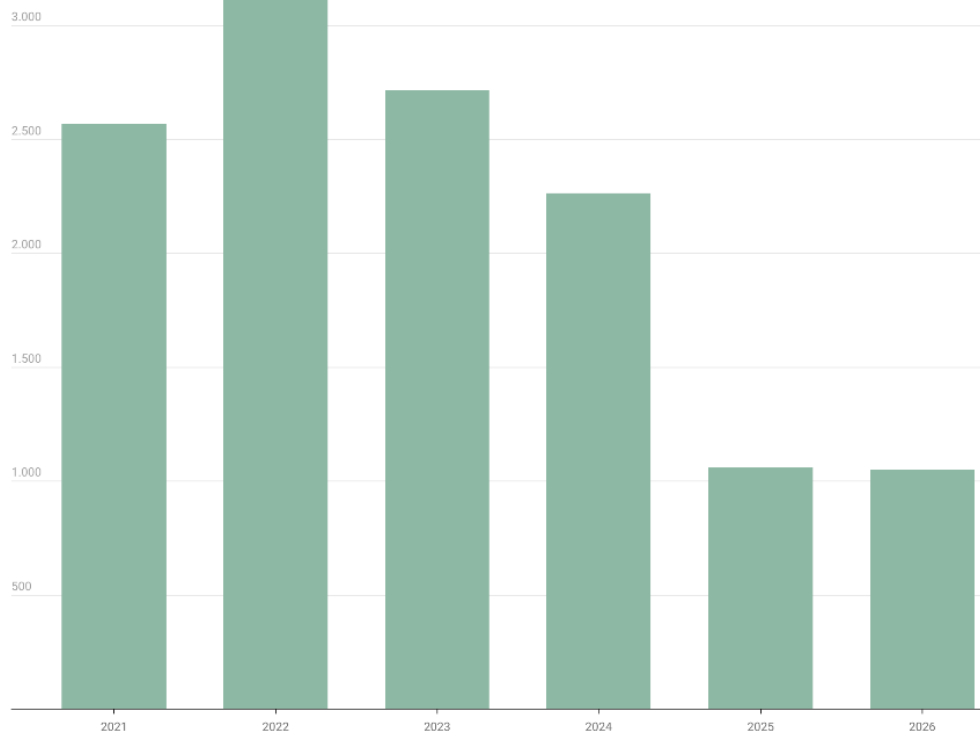


Abbildung 3: Mittel für Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes in Millionen Euro 2021-2026; Grafik: CHA; Quelle: 2021: Bundeshaushalt; 2022-2025: Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2022-2025; 2026: Schätzung⁸

⁸ <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>; <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/1c3c14356a2c0fda37db683cd4db0c53/huhi2022-2025-data.pdf>

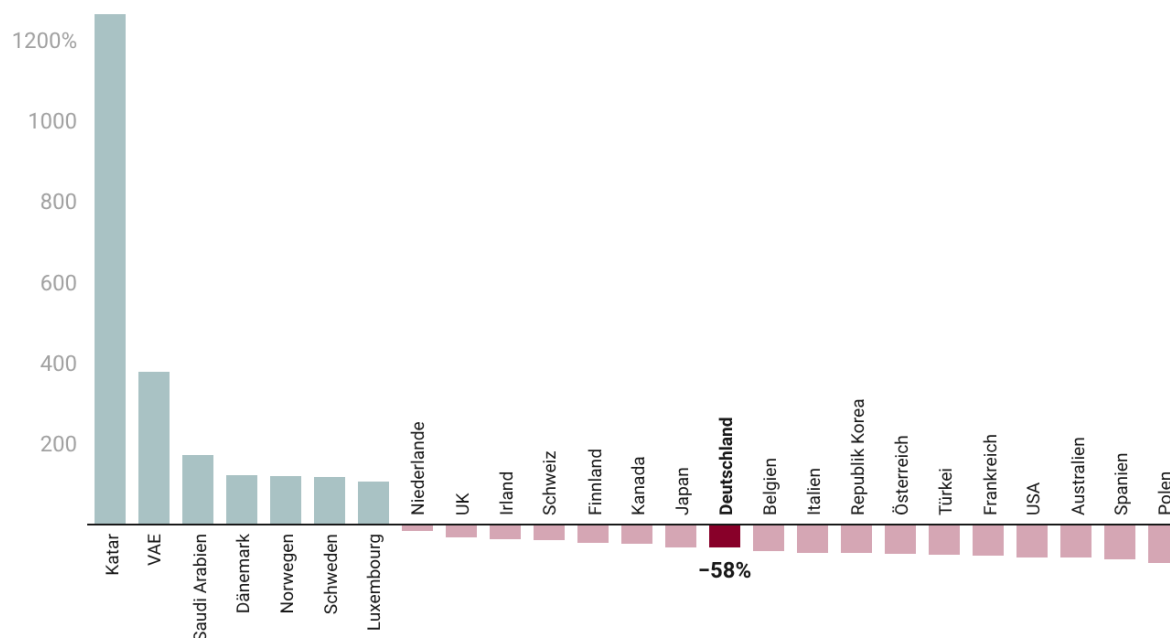


Abbildung 4: Abweichung der 2025 gezahlten Beiträge vom Fair-Share-Anteil; Daten: BIP-Daten basierend auf IMF World Economic Outlook Database; Humanitärer Bedarf 2025 basierend auf Daten von OCHA (GHO-Report Stand Juli 2025); Beiträge basierend auf Daten von OCHA (FTS Stand 31. Dezember 2025); Quelle: CHA-Berechnungen

Zugleich **berücksichtigt ein Fair-Share-Modell** die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und **Krisenkonjunkturen eines Geber-Staates, um Überforderungen zu vermeiden**, denn im Rahmen eines Fair-Share-Ansatzes gilt auch: **Sinken wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und BIP in einem Geberland, sinken auch seine humanitären Lasten.**

Überdies folgt der Fair-Share-Ansatz einer Bedarfslogik, welche eine politisierte oder oftmals auch zufällige budgetäre Angebotslogik ersetzt – gerade in Deutschland, wo Konkurrenzen unter multiplen zuständigen Ministerien, Parteizugehörigkeiten der Leitungsebenen oder die Erratik nächtlicher finaler Sitzungen von Haushaltsausschüssen die deutsche Hilfe für Millionen Menschen in Not bestimmen.

In Deutschland resultieren diese Logiken heute zudem in einen kaum beachteten, geschweige denn politisch entschiedenen Trend: **Auch innerhalb** des deutschen internationalen finanziellen Engagements, **der deutschen ODA-Mittel, ist der Stellenwert der humanitären Hilfe dramatisch gesunken.** Der **Anteil der humanitären Hilfe an der deutschen Not- und Entwicklungshilfe insgesamt** lag in 2025 aufgrund der weit überproportionalen Kürzungen in der humanitären Hilfe (-52%) **nur noch bei 6%** aller von Deutschland bereitgestellten ODA-Mittel, und dies trotz der großen entstandenen Lücke durch das Ende des humanitären Topgebers USAID. OECD / DAC Staaten stellen im Schnitt 15% ihrer ODA für Humanitäres bereit, Südkorea sogar 17%, Schweden 19% und Norwegen 20%.⁹

⁹ https://alnap.hacdn.io/media/documents/GHA_report_v5_1606_v2.pdf

II. Das drohende Ende der humanitären Hilfe - Politisierung, Militarisierung, Privatisierung

Humanitäre Hilfe steht für mehr als eine kurzfristige Form der internationalen Kooperation:

Entscheidendes Alleinstellungsmerkmal sind ihre humanitären Prinzipien, die für eine unparteiische, neutrale, unabhängige Hilfe stehen im Sinne der Menschlichkeit. Dies bedeutet Menschen bedingungslos zu helfen in größter Not nach Vorbild einer Ärzt*in, die nicht nach Herkunft, politischer Gesinnung oder Vermögen fragt, sondern Patient*innen in größter Not zuerst und unabhängig von persönlichen Präferenzen behandelt.

Die Nichtbeachtung von eigenen Interessen und Präferenzen ist daher der zentrale Unterschied zwischen humanitärer Hilfe und anderen Formen der internationalen Kooperation. Weitreichend zunehmende Trends einer Politisierung und in ihrem Zuge auch Privatisierung der humanitären Hilfe stehen daher in fundamentalem Widerspruch zu ihrem Wesenskern und stellen die Daseinsberechtigung der humanitären Hilfe und das Prinzip der Humanität an sich in Frage.

Dieser Trend einer dramatisch zunehmend an politischen Interessen ausgerichteten humanitären Hilfe auch in traditionellen Geberstaaten wurde Anfang 2025 von der Trump Administration und der Auflösung von USAID ausgelöst, macht aber auch vor Deutschland und Europa nicht halt.

Auch im Zuge des jüngsten Comebacks der USA als humanitärer Geber wird eine **ausgeprägte Politisierung** ihrer humanitären Hilfe verfolgt: Humanitäre Organisationen sind insbesondere besorgt über die Auswirkungen der „Global Gag Rule“ („Maulkorberlass“) der USA, die sich gegen politisch nicht gewollte Ansätze wie reproduktive Gesundheit, Familienplanung und Schwangerschaftsabbrüche richtet wie auch gegen Geschlechtsidentität, Diversität und Inklusion. Eine Auswahl der durch OCHA mit US Mitteln zu fördernden Länder, die der unter humanitären Gesichtspunkten priorisierten Länderliste entgegensteht und politischen Vorgaben folgt, steht zudem für das **Gegenteil einer effizienteren und gezielteren humanitären Hilfe nach Maß der Not.**

Auch in Deutschland steht die humanitäre Hilfe jedoch heute unter verstärkten politischen Vorgaben: Die jüngste humanitäre Strategie des Auswärtigen Amtes stellte Deutschlands humanitäres Engagement explizit in den Kontext deutscher sicherheits- und geopolitischer Interessen. **Der aktuelle Umbau des Auswärtigen Amtes und die Auflösung der für die humanitäre Hilfe zuständigen Abteilung** im Ministerium erfolgt laut internem Rundschreiben explizit, um alle Instrumente des Hauses dem Ziel einer schlagkräftigen deutschen Interessenspolitik zu unterstellen. Dieser Priorität dient auch die regionale Priorisierung der deutschen humanitären Hilfe, welche sich - ebenso wie die EZ - weitestgehend aus Lateinamerika und Asien zurückgezogen hat und auf Krisen in Nachbarschaft und „mit Auswirkungen für Europa“ konzentriert. Das **Ausmaß der humanitären Not** in einer Krise wird somit **zum sekundären Maßstab unter dem Primat politischer Interessen**, wie u.a. eine weit **überproportionale Förderung der Hilfe in der Ukraine** verdeutlicht, in die seit 2022 **mehr deutsche Mittel flossen als nach ganz Lateinamerika und Asien zusammen.**¹⁰

¹⁰ <https://www.auswaertiges-amt.de/resource/blob/2774746/8540a39d90bf951d17222a5b165050bb/huhi2022-2025-data.pdf>

Narrative einer ohnehin zu großen Anzahl von Hilfsbedürftigen, unter denen man entsprechend **schadlos Betroffene und Regionen nach eigenem geopolitischen Interesse priorisieren** könne, sind in diesem Zusammenhang **gefährlich irreführend**. Aus gutem Grund hat die humanitäre Hilfe profunde und wissenschaftlich basierte Maßstäbe entwickelt, um Notlagen bemessen und unterscheiden zu können, etwa zwischen Menschen, die vom Hunger bedroht sind oder unter einer lebensbedrohlichen Hungersnot leiden (IPC Stufen 1-5). **Es ist Wesenskern der humanitären Hilfe, nicht wahllos Not zu lindern, sondern Menschen in größter Not zu helfen – wie die Ärztin, welche lebensgefährliche Verletzungen vor einem Fingerbruch behandelt.**

Privatisierung der Hilfe

Der Ansatz einer nach politischen Zielvorgaben ausgerichteten humanitären Hilfe hat international Tendenzen einer Privatisierung der humanitären Hilfe zudem weiter befeuert. **Die Beteiligung privater Firmen und ihrer Expertise an humanitärer Hilfe ist nichts Neues und kann sehr hilfreich sein** als Dienstleister, Unterstützer oder Berater. Die Zusammenarbeit etablierter humanitärer Akteure auf Seiten der UN wie auch der INGOs mit privaten Serviceprovidern und Firmen für die Ausführung etwa in der Umsetzung von Cash-Transfers oder logistischer Aufgaben ist gängige Praxis und kann die Effizienz und Leistungsfähigkeit des humanitären Systems steigern. **Ein fundamentaler Unterschied besteht jedoch, wenn private Firmen oder Stiftungen selbst zu Durchführungsorganisationen werden, da sie sich nicht an internationale Standards und humanitäre Prinzipien gebunden fühlen** und Parallelstrukturen zum internationalen Hilfssystem aufbauen, um politische Vorgaben durchzusetzen.

Das Beispiel der sogenannten Gaza Humanitarian Foundation (GHF), in deren Zuge internationale Hilfsorganisationen verdrängt und die Einrichtung eines militarisierten Verteilungssystems vorangetrieben wurde, hat die drastischen Folgen politisch mandatierter „Hilfsmodelle“ verdeutlicht. Nach Angaben von OCHA wurden allein in der Nähe der militarisierten Verteilungsstellen der GHF mindestens 1.172 Menschen, und entlang der Versorgungswege der Konvois weitere über 1.000 Menschen getötet. Auch Firmen wie Fogbow im Sudan und Südsudan sehen sich nicht humanitären Prinzipien verpflichtet, sondern arbeiten mit und im Auftrag von Konfliktparteien und untergraben eine neutrale internationale Hilfe für Menschen in größter Not.

Sicherheit der humanitären Helfer*innen

Die Trends einer Politisierung, Militarisierung und Privatisierung der humanitären Hilfe tragen insgesamt auch zu einer dramatischen Verschlechterung der Sicherheit von humanitären Helfer*innen und humanitären Einrichtungen bei. **Nie zuvor mussten so viele humanitäre Helfer*innen ihren Einsatz im Sinne der Menschlichkeit mit dem Leben bezahlen** wie in den vergangenen Jahren, fast viermal mehr Helfende kamen in 2024 um als zehn Jahre zuvor (siehe Abbildung 5). Auch die Angriffe auf humanitäre Einrichtungen haben dramatisch zugenommen, wie auch die Behinderung von Hilfsorganisationen durch politische Auflagen und Bürokratie (z.B. inakzeptable Registrierungsbedingungen für NROs in Gaza).

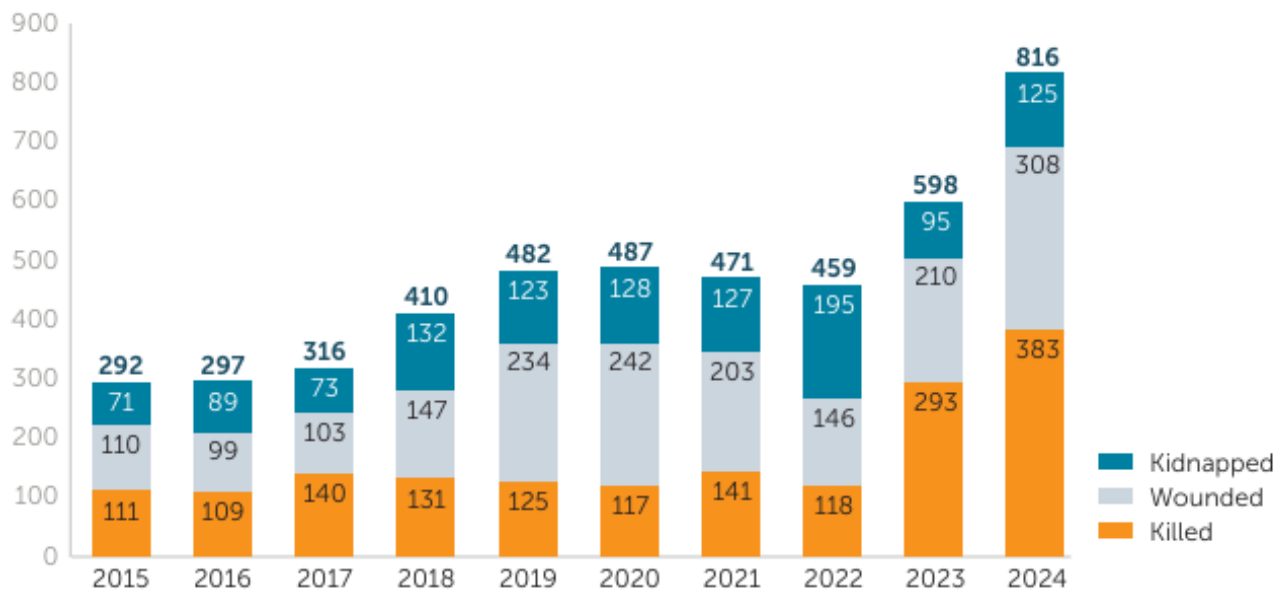


Abbildung 5: Hilfskräfte als Opfer schwerwiegender Gewalt; Aid Worker Security Report 2025, S.4; https://humanitarianoutcomes.org/sites/default/files/2025-08/HO_AWSR_2025.pdf

UN Emergency Coordinator Tom Fletcher fasst dies wie folgt zusammen:

*„This is not an accidental escalation – it is the collapse of protection. [...] across multiple crises, humanitarian workers are not just being killed. Our action is being restricted, penalized, delegitimized. We are told where not to go, whom not to help. We are harassed or arrested for doing our job.“*¹¹

Der schwindende Zugang humanitärer Akteure zu Krisen und Menschen in Not, die rapide zunehmenden Angriffe auf Helfende und Hilfseinrichtungen sind zugleich auch Folge der stetig zunehmenden Versuche, humanitäre Hilfe für politische Ziele zu instrumentalisieren, an Bedingungen zu knüpfen und Hilfsorganisationen auch kommunikativ zu delegitimieren, etwa durch gezielte Desinformationskampagnen.¹² Vor diesem Hintergrund ist der auch **in Deutschland zu verzeichnender Trend das internationale Völkerrecht nicht konsequent zu verteidigen, sondern zu relativieren sehr gefährlich**. Auch laut dem deutschen Bundesaußenminister sind völkerrechtliche Fragen je nach außenpolitischem Kontext relevant (Ukraine / Russland) oder zu de-priorisieren (Israel / Gaza, USA / Iran & Venezuela). Eine solche **Verzerrung des Völkerrechts zu einem beliebigen Orientierungspunkt**, der nach Bedarf ins Auge gefasst oder ausgeblendet wird, unterhöhlt die von deutscher Seite betonte „regelbasierte Ordnung“ und bestätigt andere Staaten darin, auf das Recht des Stärkeren setzen. Sie hat zudem außenpolitische Konsequenzen, siehe Deutschlands historisches Scheitern bei einer Kandidatur für den UN-Sicherheitsrat.¹³

¹¹ <https://www.unocha.org/news/over-1000-aid-workers-killed-3-years-often-hands-member-states-un-relief-chief-demands>

¹² https://www.ifrc.org/sites/default/files/2026-02/WDR2026_FullReport_EN.pdf

¹³ Ralf Südhoff: Das Ende der Soft Power Weltmacht Deutschland, The Humanitarian Blog, 18.06.2026 <https://www.chaberlin.org/blog/das-ende-der-soft-power-weltmacht-deutschland/>

III. 10 Empfehlungen

Die Bundesregierung hat die Chance und die Verantwortung, substantielle Reformen eines humanitären Systems anzustoßen. Sie spielt eine entscheidende Rolle bei der Frage, ob die humanitäre Hilfe in ihrem Wesenskern die Krise ihrer Politisierung, Delegitimierung und mangelnden Finanzierung überlebt oder zu einem Instrument für geopolitische Ziele verkommt und faktisch abgeschafft wird.

Um dies zu verhindern, sollte die Bundesregierung 10 Empfehlungen umsetzen, indem sie:

- 1) die **ausstehenden Reformen** im Zuge des „Humanitarian Reset“ konsequent anmahnt und ihre **Umsetzung durch gezielte Förderungen voranbringt**;
- 2) ihren Einfluss und ihr **Gewicht in den internationalen Prozessen** durch die **Rückkehr zu einer wertheorientierten und angemessen finanzierten humanitären Politik wiederherstellt**, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart wurde;
- 3) einen an der **Wirtschaftskraft gemessenen fairen Beitrag zur globalen humanitären Hilfe leistet**, der sich gemäß transparenten „Fairshare“ Ansätzen auf **rund 3 Mrd. € jährlich** beläuft und noch unterhalb des deutschen Beitrags von 2022 liegt;
- 4) die Mittel im **Sinne einer bedarfsorientierten humanitären Hilfe vergibt versus Kontinente** wie Lateinamerika, Asien und geopolitisch sekundäre Krisenregionen **umfassend zu de-priorisieren**;
- 5) die Effizienz und Effektivität der humanitären Hilfe sicherstellt, indem sie **neben lebensrettenden Maßnahmen insbesondere auch Datenerhebungen, vorausschauende Hilfen und systemrelevante Dienstleistungen finanziert**;
- 6) die **Umstrukturierungsprozesse im Auswärtigen Amt zügig abschließt** und eine prinzipienorientierte humanitäre Hilfe organisatorisch und inhaltlich **schützt vor einem interessengeleiteten Einsatz** zum Ausbau bilateraler Beziehungen und Regionalpolitiken;
- 7) weiterhin professionell und **nach internationalen Standards arbeitende Hilfsorganisationen einschl. der Zivilgesellschaft fördert versus einer privatisierten und politisierten humanitären Hilfe** außerhalb international vereinbarter Prozesse und Regeln;
- 8) den **Reform- und Kooperationsdruck auf internationale Hilfsorganisationen** (UN, INGOs /Rotkreuzbewegung) auch **mithilfe konditionierter Förderungen aufrecht erhält**;
- 9) die **Finanzierung und umfassende Stärkung einer so lokal wie möglich verankerten und geleiteten humanitären Hilfe fördert**, insbesondere auch im Kontext jüngst gestärkter Instrumente wie den diversen Ansätzen für „Pooled Funds“;
- 10) einen **einheitlichen Umgang mit Völkerrecht** und internationalem humanitären Recht sicherstellt, um **insgesamt als glaubwürdiger und einflussreicher Akteur eine internationale humanitäre Hilfe zu bewahren, die ihren Namen verdient und ihren Werten gerecht wird**.